

AL INFO

www.al-zh.ch


Schub für die Gemeinnützigen. Am 27. November kommt es in der Stadt Zürich zu einem wohnpolitischen Richtungsentscheid. Ein Drittel statt ein Viertel der Wohnungen soll der Spekulation entzogen werden.

Seite 3



Neufrankenschneise. Der Stadtrat zieht die Planungsweisung zum Ausbau der Neufrankengasse zurück. Der Widerstand kommt – dank angepannten Finanzperspektiven – zu einem späten Erfolg.

Seite 4

Nationalratswahlen Zürich: Enttäuschendes Ergebnis für AL

AZB, 8026 Zürich

Niklaus Scherr | **Enttäuschendes Wahlergebnis für die AL: Sie konnte den erfreulichen Vormarsch bei den kommunalen und kantonalen Wahlen 2010/2011 nicht fortsetzen. Der angestrebte Sitzgewinn wurde relativ deutlich verfehlt.**

AL stagniert auf dem Niveau von 2007. AL und PdA, die in einer Unterlistenverbindung antraten, mobilisierten 5'144 Wählerinnen und Wähler oder 1.26%. Damit fielen wir noch hinter das Ergebnis von 2007 zurück, wo wir auf 5'525 WählerInnen oder 1.34% kamen. Die Listenverbindung kam zusammen mit den Piraten (3'512) und den Konfessionslosen (1'270) auf 9'926 oder 2.43%. Für den angestrebten Sitzgewinn fehlten damit 1'416 Wählerinnen und Wähler.

Ergebnis wie bei Kantonsratswahlen. Die 5'144 Wähle-

rinnen und Wähler im Kanton respektive 3'027 in der Stadt Zürich entsprechen ziemlich genau dem Ergebnis bei den Kantonsratswahlen 2011, bei denen jedoch rund 100'000 Personen weniger wählen gingen. Mit anderen Worten: wir haben unsere Stammwählerschaft halten, aber nicht zusätzlich mobilisieren können. Mit zum Ergebnis beigetragen haben dürfte auch das Auftreten alternativ agierender Gruppierungen (Piratenpartei, Konfessionslose, parteifrei), die in verwandten Milieus Stimmen holen.

Fehlender gesamtschweizerischer Rückhalt. Die AL hat sich in den letzten Jahren konsolidiert und ist kommunal und kantonal eine anerkannte politische Kraft. Wir haben im Kanton wichtige Abstimmungen wie die Pauschalsteuer-Abschaffung gewinnen können. Bei nationalen Wahlen ziehen es jedoch auch Personen, die mit unserer Politik sympathisieren, vor, ihre Stimme einer national etablierten Linkspartei zu geben, um auf sicher zu gehen. Hier bekommen wir schmerzlich zu spüren, dass uns der Rückhalt

in einer gesamtschweizerischen Organisation fehlt. Die 2009 neugegründete «Alternative Linke – La Gauche – La Sinistra» vermag dieses Vakuum vorerst nicht zu füllen.

Ohrfeige für die SVP. Erfreulich am Wahlausgang ist, dass die SVP erstmals einen spürbaren Rückschlag hinnehmen musste. Fremdenfeindlichkeit und Ausgrenzung geniessen offenbar keinen unbeschränkten Kredit. Bitter ist dagegen, dass es nicht eine erstarkte Linke ist, die der Blocher-Partei die rote Karte zeigt, sondern eine gesichtslose neue Mitte aus gemäßigten Konservativen und wirtschaftsliberalen Etiketten-Grünen.

Ein P.S. zum Schluss, um allfälligen Legendenbildungen vorzubeugen: eine Kontrollrechnung zeigt klar, dass der Sitzverlust der Grünen nicht hätte abgewendet werden können, auch wenn sich AL und PdA der Listenverbindung von SP und Grünen angeschlossen hätten statt mit den Piraten zu gehen; die Stimmenverluste der SP (-0.6%) und vor allem der Grünen (-2.0%) waren viel zu gross.

AL FINANZEN

Ein Wahlkampf kostet. Unser Kassier jubelt über jeden Spenden-Franken.
Alternative Liste Zürich, PC 87-63811-5



David Winizki ist bei der Vereinigung Unabhängiger Ärztinnen und Ärzten aktiv

AL Zürich unterstützt Referendum

Managed Care Ja – aber nicht so!

David Winizki | **Die Alternative Liste Zürich lehnt die Managed-Care-Vorlage ab, wie sie von den Räten am 30. September 2011 beschlossen wurde.** Sie unterstützt das dagegen lancierte gewerkschaftliche Referendum. Aus AL-Sicht sprechen drei Gründe gegen die Vorlage.

Budgetverantwortung gefährdet Qualität der Gesundheitsversorgung. Bei der obligatorisch vorgesehenen Budgetverantwortung handeln Arztpraxen mit den Krankenkassen vorgängig einen Maximalbetrag pro Jahr aus, für den die Versicherten betreut werden dürfen. Wird der Betrag unterboten, erhalten die Praxen einen finanziellen Bonus, bei Mehrkosten müssen sie einen Teil selber übernehmen. Mit diesem Bonus-Malus-System und seinen hautnah finanziellen Folgen werden medizinische Entscheidungen von ökonomischen Überlegungen überlagert. Dies belastet das Vertrauen in ärztliche

Entscheidungen und führt tendenziell zu einer Rationierung der Gesundheitsleistungen. Rationierungen betreffen immer nur jene Mehrheit der Bevölkerung, die für die Gesundheitsversorgung ausschliesslich auf die obligatorische Grundversicherung angewiesen ist. Die Befürworter der Budgetverantwortung werden wohl meist eine Privatversicherung haben.

Selbstbehalt bringt unsoziale Belastung der unteren Einkommen. Neu soll, wer sich nicht einem Managed-Care-Netz anschliesst, mit einem höheren Selbstbehalt von 15% statt 10% bestraft werden. Eine Erhöhung des Selbstbehaltes ist a priori sozial ungerecht. Selbstbehalt und Franchisen haben als Instrumente der Risikobeteiligung von Patienten respektive zur Verhütung eines postulierten «Medizintourismus» immer schon versagt. Die Schweizer Bevölkerung leidet mit den einzigartigen Kopfprämien, Selbstbehalten, Franchisen

und Leistungs-Ausschlüssen (z.B. Zahnmedizin) eh schon unter der höchsten Selbstbeteiligung am Gesundheitswesen weit und breit.

Krankenversicherer erhalten noch mehr Entscheidungsbefugnisse. Sie entscheiden selber, in welchen Regionen sie überhaupt Managed-Care-Verträge anbieten, mit welchen ärztlichen Netzwerken oder (Privat-)kliniken sie wie lange Verträge abschliessen und mit welchem Budget. Die Grundversicherung ist so obligatorisch wie der Schulbesuch, darum muss ihre Ausgestaltung auch öffentlich kontrolliert werden. Der Krankenkassenbürokratie fehlt aber jegliche demokratische Legitimation und ihre Kontrolle durch den Bund war bisher mehr als dürftig.

www.nein-zur-mogelpackung.ch

Managed Care: eine sinnvolle Form der medizinischen Betreuung

Richtig verstanden, bringt Managed Care verschiedene Vorteile. Die Koordinierung der Behandlungsabläufe verhindert Doppelspurigkeiten, garantiert eine komplette Archivierung der Krankengeschichte, optimiert den Informationsfluss und die Entscheidungsfindung im Sprechzimmer. Das allein führt – auch ohne Budgetverantwortung – höchst-

wahrscheinlich bereits zu Einsparungen. Genauere Zahlen grösserer Kollektive fehlen leider nach wie vor, ein besseres Monitoring ist dringend. Der Behandlungsprozess bei der immer gleichen Vertrauensperson führt tendenziell auch zu einer besseren Gesundheitsversorgung – und gesündere Menschen verursachen weniger Gesundheitskosten.

ALPAROLEN

27. November 2011. Kanton Zürich

1A. Gesetz über den Flughafen Zürich (Flughafengesetz) **JA**

1B. Gültige Teile des Gegenvorschlags von Stimmberechtigten **JA**

1C. Stichfrage **Vorlage 1A**

Die AL unterstützt den Verzicht auf einen Pistenausbau beim Flughafen (Vorlage 1A) und auch den Gegenvorschlag der Südschweizer (1B), der auch die Abflugregimes mit einbezieht.

2. Volksinitiative «Stau weg!» **NEIN**
TCS-Vorstoss, der per Standesinitiative vom Bund subito das volle Autobahnprogramm verlangt.

3. Volksinitiative «Für faire Ferien» **JA**
VPOD-Initiative für fünf Wochen Ferien für das kantonale Personal.



Walter Angst betreut das Sekretariat des Komitees mehr bezahlbare Wohnungen für Zürich

Bezahlbare Wohnungen für Zürich

Schub für die Gemeinnützigen

Walter Angst | **Am 27. November stimmt die Stadt Zürich über einen wohnpolitischen Grundsatzartikel ab. Nach einer Annahme wäre der Stadtrat gezwungen, bei der Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus mehr Gas zu geben.** Vier wohnpolitische Volkssinitiativen sind kurz nach dem

Kommunalwahlen im März 2010 in der Stadt Zürich eingereicht worden. Drei von ihnen wollten die Gemeindeordnung mit Zielvorgaben für eine bessere soziale Durchmischung der Quartiere (SP) und ein am Bedarf orientiertes Angebot an Familien- und Alterswohnungen (EVP) ergänzen. Handfest war die Forderung der SP, den Anteil der Wohnungen, die der Spekulation entzogen sind, bis 2040 von 25 auf 33 Prozent zu erhöhen. Der Stadtrat lehnte diese Änderungen der Gemeindeordnung ab.

Wohnpolitik ablegen und Wohnungen für untere Einkommen erhalten muss.

Politische Blockaden aus dem Weg räumen. Weil der neue Grundsatzartikel in der Gemeindeordnung nur eine Zielformulierung ist, wird es auch in Zukunft Druck brauchen. Jede konkrete Massnahme zur Stärkung der Gemeinnützigen muss vom Parlament oder vom Volk bewilligt

ALPAROLEN

27. November 2011. Stadt Zürich

1. Bau des Vulkanplatzes

LEER EINLEGEN

Als Erstellerin der Westlink-Überbauung erhält die SBB von der Stadt eine erhebliche Mehrausnützung zugestanden. Im Gegenzug fordert die AL von der SBB eine höhere Beteiligung an den Baukosten des Vulkanplatzes und Garantien über eine Landabtretung im SBB-Areal Letzibach an eine Baugenossenschaft. Da wir uns nicht dem Spar- und Ästhetik-Nein von SVP und FDP anschliessen wollen, haben wir Stimmenthaltung beschlossen.

2. Blaue Zone, Erlass einer Parkkartenverordnung

NEIN

Die neue Verordnung erlaubt es, bestehende und künftige Gebühren-Überschüsse in die Stadtkasse abzugleichen, und bringt eine Erhöhung der heute schon kostendeckenden Gebühr. Im Gegensatz zu den Benutzungsgebühren für Parkuhren-Parkplätze zahlt man bei der Blauen Zone eine reine Verwaltungsgebühr, die keinen Anspruch auf einen Parkplatz garantiert. Die AL wehrt sich grundsätzlich gegen Verwaltungsgebühren, die über die Kostendeckung hinausgehen – auch wenn hier AutobesitzerInnen betroffen sind.

3. Wohnpolitischer Grundsatzartikel Bezahlbare Wohnungen für Zürich

JA

Breite Unterstützung. Die AL hat von Anfang an die Meinung vertreten, dass nur ein breit abgestützter und auch vom Stadtrat getragener Grundsatzartikel etwas bewegen kann. Gegen diverse parteipolitische Widerstände ist es Niggi Scherr gelungen, in der vorbereitenden Kommission einen Gegenvorschlag auszuarbeiten, dem der Stadtrat zustimmte und den im Gemeinderat mit SP, Grünen, AL, EVP, CVP und SD eine deutliche Mehrheit unterstützt hat.

Stadtrat in der Pflicht. Neu am Gegenvorschlag des Gemeinderats ist, dass der Drittel der Gemeinnützigen nicht bis 2040, sondern 2050 erreicht werden soll. Im Gegenzug verpflichtet sich die Stadt, die Zahl der gemeinnützigen Wohnungen auch absolut laufend zu erhöhen. Damit ist den Schlaumeiern, die durch eine Erhöhung der Wohneigentumsquote den Drittel erreichen wollen, ein Riegel geschoben. Wichtig ist zudem, dass der Stadtrat alle vier Jahre Rechenschaft über seine



werden. Da die Landreserven der Stadt endlich sind, kann das Ziel (33 Prozent Gemeinnützige) nur durch den Kauf von privaten Liegenschaften (wie das die PWG macht) oder die Beschaffung von Bauland über planerische Massnahmen (Abschöpfung des Planungsmehrwerts in Form von Landabgaben an Baugenossenschaften) erreicht werden.

Für Beides bleiben die politischen Hürden aber hoch. Beispiel: 2012 will der Stadtrat auf die Abschreibungsbeiträge verzichten, die der PWG im völlig überhitzten Markt den Kauf von Liegenschaften erleichtern sollen. Ein wuchtiges Ja am 27. November zum Grundsatzartikel ist nötig, um die politischen Blockaden zu lösen.



Alecs Recher vertritt die AL in der Verkehrskommission des Zürcher Gemeinderats

Riesenerfolg für AL

Stadtrat legt Ausbau der «Neufrankenschneise» auf Eis!

Alecs Recher | **Hartnäckigkeit zahlt sich aus: Der Ausbau der Neufrankenschneise im Langstrassenquartier wird auf Eis gelegt.** Stadträtin Ruth Genner will ihre Weisung für einen Projektierungskredit für die «Neufrankengasse light» zurückziehen.

Wachsender Widerstand in der vorberatenden Verkehrskommission, aufkommende kritische Stimmen bei den Grünen, unverhältnismässig hohe Kosten und der vom Finanzvorstand gesetzte Investitionsplafonds haben zum Aus geführt. Im November 2008, als über die Baulinienverbreite-

rung abgestimmt wurde, sprach sich zwar der Kreis 4/5 dagegen aus, aber stadtweit blieben die Bürgerinitiative «Neufrankenschneise NEIN!» und die Alternative Liste als einzige opponierende Partei auf verlorenem Posten. Jetzt hat unsere beharrliche und konsequente Opposition in der Verkehrskommission erste Früchte getragen.

Abermillionen für Landerwerb. Der Stadtrat rechnet in seiner Weisung für den Projektierungskredit – notabene bei einer Schätzungenauigkeit von +/- 40 Prozent – mit 66 Millionen Fran-

ken für 600 Meter neue Strasse. Davon entfallen allein 20 Millionen auf den Landerwerb. Dabei rechnet der Stadtrat mit bescheidenen 1'552 Franken pro Quadratmeter. Bei der kürzlich erfolgten Abtretung von städtischem Land im Baurecht an die Stiftung Alterswohnungen für die zurzeit im Bau befindliche Alterssiedlung an der Feldstrasse ging die Stadt selber von einem aktuellen Verkehrswert von 3'979 Franken pro Quadratmeter aus. Das ist zweieinhalb mal soviel. Geht man von diesen Preisen aus, kämen locker nochmals 20 Millionen Franken Landkosten dazu. Das ist für kühl rechnende ExponentInnen von links bis rechts eindeutig zu viel.

Mit dem Rückzug der Weisung dürfte die Neufrankenschneise für längere Zeit vom Tisch sein. Ausführliche Hintergrundinformationen bringt die NZZ in einem Artikel vom 11. Oktober 2011 (<http://al-zh.ch/fileadmin/webfiles/2011/neufrankenschneise-nzz-111011.pdf>)



Mit 55.1% sagten die Stimmberechtigten des Kantons Schaffhausen am 25. September JA zur Initiative zur Abschaffung der Pauschalbesteuerung. Ein Riesenerfolg für die Alternative Liste Schaffhausen, die bei der Lancierung der Initiative und bei der Kampagne die treibende Kraft war. Der Erfolg in Schaffhausen gibt der eidgenössischen Initiative der Alternativen Linken (AL) zur landesweiten Abschaffung Auftrieb. Dank einem Grosseinsatz vor den Stadtzürcher Wahllokalen am 23. Oktober hat die AL Zürich ihr erstes Sammelziel – 15'000 Unterschriften bis Ende Oktober – leicht übertroffen. Bild: Niggi Scherr beim Unterschriftensammeln auf dem Herbstmarkt in Effretikon.

ALTERMINE

Donnerstag, 24. November, 19h30.
AL-Vollversammlung.

ALIMPRESSUM

Alternative Liste (AL)

Postfach 1005, 8026 Zürich

Homepage www.al-zh.ch

Sekretariat Sonja Baljsevic
Molkenstr. 21, 8004 Zürich

Mail sekretariat@al-zh.ch

Telefon 044 242 19 45

Fax 044 242 19 60

Erscheint 4 bis 6 mal jährlich

Redaktion Niklaus Scherr